

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der Freien Demokraten im Rat der Stadt Erkrath

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit diesem Doppelhaushalt nähert sich die Stadt Erkrath mit großen Schritten der Haushaltssicherung. Kontinuierlich wird das Eigenkapital der Stadt aufgebraucht in 2024 um 4,3 Mio. Euro und in 2025 um 5,6 Mio. Euro, bis die Schwelle von 5 % erreicht ist. Und macht die Verwaltung und die tragenden Mehrheitsfraktionen? Nichts!

Während wir als kleine Fraktion erneut über 20 Veränderungsanträge eingebracht haben, die mit einer nicht zu überbietenden Ignoranz von CDU und SPD abgelehnt wurden, hat die CDU lediglich in guter Merzscher Tradition wie im Bundestag nur einen Antrag vorgelegt, nämlich zum Kunstrassenplatz an der Rankestraße und der kostet im Falle seiner Realisierung die Erkrather Bürgerinnen und Bürger noch mehr Millionen.

Dieser Doppelhaushalt, der letzte vor der Kommunalwahl, ist damit das Dokument des Scheiterns der Schuldenkoalition von CDU und SPD und des Bürgermeisters.

So wie im PWC-Gutachten zum Haushaltsoptimierungskonzept im letzten Jahr prognostiziert, ist es eingetreten:

Die völlig überteuerten Prestigeprojekte Campus Sandheide, die neue Feuerwache und der Neubau des Gymnasiums in Alt-Erkrath werden allein aufgrund der Zinsen und Abschreibungen nach ihrer jeweiligen

Fertigstellung den Haushalt mit zusätzlichen 10 Millionen Euro belasten, was schlussendlich das Eigenkapital in 2026 soweit aufgezehrt haben wird, dass die Haushaltssicherung unausweichlich wird.

Damit werden dann alle sozialen, kulturellen und ökologischen Projekte vor ihrem Aus stehen.

Bei der Verwaltung scheint das Prinzip Hoffnung, alle diese Risiken auszublenden. Der Kämmerer hofft wohl darauf, dass Bund oder Land den Kommunen aus der selbstverschuldeten Klemme helfen werden.

Ich fürchte, das wird nicht passieren.

Wir fragen uns, wie die genannten Großprojekte überhaupt umgesetzt werden sollen. Schon im PWC-Gutachten wurde diese Frage aufgeworfen.

Die personelle Besetzung in den Baufachbereichen der Stadt ist seitdem nicht besser geworden. Erkrath braucht dringend Unterstützung aus dem Sektor der freien Wirtschaft, damit die Bauprojekte nicht aus dem zeitlichen Rahmen laufen und sich damit weiter verteuern.

Was wollen die Freien Demokraten besser machen?

Zunächst einmal wollten wir ein Instrument nutzen, dass die Verwaltung zur Ausgabendisziplin zwingt, nämlich eine globale Minderausgabe in Höhe von 1 % (gesetzlich wären mittlerweile sogar 2 % zulässig) und zwar nicht nur als Bilanzierungshilfe, sondern als Mittel, das der Verwaltung ermöglicht, unterjährig Einsparpotentiale umzusetzen, was insbesondere bei einem Doppelhaushalt mit seinen Unwägbarkeiten sinnvoll wäre.

Davon wollte die Verwaltung nichts wissen. Eine globale Minderausgabe ist jetzt erst ab 2026 geplant. Zu einem Zeitpunkt, an dem es aus unserer Sicht bereits zu spät sein wird. Erkrath muss jetzt mit dem Sparen anfangen.

Weiterhin wollen wir die kostspieligen Doppelstrukturen aufgrund der Dreipoligkeit der Stadt aufbrechen. Es ist deutlich preiswerter nur eine Bücherei, dafür aber mit einem verbesserten Angebot an Medien im Stadtgebiet vorzuhalten. Würden wir uns auf ein Bürger-Service-Center beschränken, könnten die beiden Bürgerbüros eingespart und stattdessen das Angebot sogar erweitert und die Öffnungszeiten in den Abendstunden sowie am Wochenende ausgeweitet werden.

Im Übrigen hängt die Digitalisierung der Verwaltung angefangen von der Poststelle bis hin zum Bürgerbüro weit den technischen Möglichkeiten hinterher.

Aufgrund der Synergieeffekte in einem zentralen Bürger-Service-Center könnten zum Beispiel wieder die Einbürgerungsanträge in Erkrath bearbeitet werden.

Dieses Prinzip sollte auch auf die Volkshochschule angewendet werden. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit könnte die Vielfältigkeit des Angebotes aufgrund der Kooperation mit benachbarten Volkshochschulen ausgeweitet werden.

Warum versuchen wir als Kommune nicht einmal im Ansatz, dem Defizit der Musikschule entgegenzuwirken?

Nach wie vor findet sich der größte Kostenblock im Personalbereich, obwohl noch nicht einmal alle Stellen besetzt sind. Der Kämmerer hatte letztes Jahr im Haushaltsplan 2023 versprochen, diese zu deckeln. Natürlich sind sie weiter gestiegen.

Erkrath hat ein Einnahmeproblem bei der Gewerbesteuer aufgrund einer Wirtschaftsförderung, die diesen Namen nicht verdient. Statt zügig nach Unternehmen zu suchen, die in Erkrath investieren, beschäftigt sich die Wirtschaftsförderung mit dem Anlegen von Baumscheiben in Unterfeldhaus. Dies wird wohl kaum Investoren anlocken.

Statt den stationären Einzelhandel beispielsweise beim Aufbau eigener Onlineplattformen zu unterstützen, kümmert sich das Citymanagement lieber um die Herstellung von landschaftlichen Sichtachsen im Bavierpark. Uns erschließt es sich nicht, wie diese Verschönerungsmaßnahmen der lokalen Wirtschaft helfen sollen. Was nutzt eine schicke Sitzgelegenheit mit Baumpflanzung in der Bahnstraße, wenn der Leerstand an Ladenlokalen zunimmt?

Wir erinnern daran, dass wir als Freie Demokraten Räume für Start-Ups in Erkrath schaffen wollten. Leider scheitern alle solche Vorschläge am Widerstand von CDU und SPD.

Das Gewerbegebiet Neanderhöhe wird ja nun endlich trotz des ideologischen bedingten Widerstandes der Grünen weiterentwickelt. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Doch dabei darf es nicht bleiben. Es müssen endlich gewerbesteuerzahlende Unternehmen gefunden werden, die sich auf der Neanderhöhe ansiedeln. Dabei dürfen bei der Erschließung nicht bereits Vorfestlegungen wie die Straßenführung getroffen werden, die eine Vermarktung zusätzlich erschweren.

Ab jetzt steigen im Erkrather Haushalt die Defizite in Millionenhöhe von Jahr zu Jahr, ohne dass wirksam gegengesteuert wird. Allein die Zinsen des neuen Gymnasiums werden noch die Kinder, die heute noch nicht geboren sind und diese Schule einmal nutzen werden, zurückzahlen müssen, wenn sie ihren Wohnsitz in dieser Kommune behalten.

Da hilft es dann auch nicht, wenn dieses Prestigeprojekt eine Auszeichnung für energieeffiziente Bauweise erhält. Ein preiswerterer Bau hätte den Lernzweck auch erfüllt.

Wir belasten zukünftige Generation, weil dieser Rat nicht die Kraft zum Sparen findet.

Darüber hinaus führt diese schlechte Politik schon jetzt zu immer mehr Frust bei den Bürgerinnen und Bürgern, was letztlich rechtsextremen

Populisten, die unsere freiheitlich-demokratische Verfassung bedrohen, in die Hände spielt.

Einer solchen Politik können Freie Demokraten nicht zustimmen. Wir lehnen den vorgelegten Doppelhaushalt 2024-25 deshalb ab.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Ralf Lenger